

Die Grundversorgung der Zukunft gestalten



Die Grundversorgung ist eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Berggebiete und ländlichen Räume. Die Schweiz verfügt in diesem Bereich über eine im internationalen Vergleich hervorragende Gesetzgebung. Diese darf keinesfalls abgeschwächt oder an EU-Recht angepasst werden. Wichtig ist aber auch, dass auf regionaler Ebene die Synergiepotenziale ausgeschöpft werden.

Thomas Egger, SAB, Seilerstrasse 4, 3001 Bern

Gerade in den Berggebieten und ländlichen Räumen kommt der Grundversorgung eine besondere Bedeutung zu. Die Minimalstandards der Grundversorgung sind gesetzlich geregelt. Doch die Grundversorgung unterliegt auch einem steten Wandel. Treiber sind beispielsweise die Digitalisierung und geändertes Kundenverhalten. Briefe werden zunehmend durch Mails ersetzt, Güter des täglichen Bedarfs werden online bestellt usw. Die zunehmende Digitalisierung hat die Ansprüche und Möglichkeiten rasant verändert. Die Kehrseite der Medaille liegt im Abbau herkömmlicher Leistungen wie z.B. Bankschalter, Poststellen und Dorfläden. Die Gemeinden reagieren auf derartige Schliessungen zu Recht mit Protest. Doch die Schliessungen sind letztlich Folge einer Entwicklung, die wir als KonsumentInnen selber mitbeeinflussen. Wer die Einkäufe im nächstgelegenen Einkaufszentrum erledigt, darf sich nicht über die Schliessung «seines» Dorfladens wundern. Wie sehen vor diesem Hintergrund die Zukunftsperspektiven für die Grundversorgung in der Schweiz aus?

Rechtliche Rahmenbedingungen keinesfalls an EU anpassen

Die Schweiz verfügt im internationalen Vergleich über sehr gute rechtliche Rahmenbedingungen für die Grundversorgung. Diese dürfen auf keinen Fall abgeschwächt werden. Im Gegenteil. Das Beispiel der neuen Erreichbarkeitsvorgaben bei der postalischen Grundversorgung zeigt,

dass die Grundversorgungsbestimmungen punktuell sogar noch verschärft werden müssen. Abgelehnt werden müssen demgegenüber Angriffe auf die Grundversorgung, wie sie immer wieder von Liberalisierungsturbos lanciert werden. Ein anderes Ungemach könnte von einer weitergehenden Übernahme von EU-Recht drohen. Die Grundversorgungsbestimmungen sind in der EU bei weitem nicht so gut ausgestaltet wie in der Schweiz. Die Schweiz tut also gut daran, bei einer allfälligen Weiterentwicklung der bilateralen Abkommen die Grundversorgung auszuklammern. Dies gilt auch für das aktuell zur Diskussion stehende institutionelle Rahmenabkommen. Ein Streitpunkt beim Rahmenabkommen betrifft die EU-Regeln über staatliche Beihilfen. Diese Beihilfenregelung ist weniger eine klar umrissene gesetzliche Bestimmung als vielmehr eine Praxis, welche durch die EU-Kommission und den EU-Gerichtshof im Verlaufe der Jahre immer restriktiver ausgelegt und weiter verschärft wurde. Die Schweiz darf diese Beihilfenregelungen auf keinen Fall und schon gar nicht rückwirkend übernehmen. Sonst wären z.B. staatliche Garantien für Kantonalbanken und viele weitere Unterstützungsmassnahmen der öffentlichen Hand plötzlich nicht mehr möglich.

Proaktives Handeln in den Regionen

Die Diskussionen rund um die Grundversorgung werden leider von einem ausgeprägten Silodenken be-

stimmt. Wird die Post im Dorf geschlossen, so sucht man im selben Dorf einen Ersatz für die Poststelle. Wird der Dorfladen geschlossen, so sucht man im selben Dorf verzweifelt nach einer Ersatzlösung. Nur äusserst selten werden Lösungen Bereichs- und Gemeindeübergreifend gesucht. Doch genau hier würde ein grosses Potenzial liegen. Durch eine Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg könnten neue Lösungen angestrebt werden. Eventuell macht ein Dorfladen in einer Gemeinde wirklich keinen Sinn mehr. Dafür könnte er in der Nachbargemeinde besser eingerichtet und langfristig betrieben werden. Im Gegenzug könnte in der Ursprungsgemeinde das Gemeindebüro oder die Dorfapotheke aufgewertet werden. Gerade die Digitalisierung kann hier durchaus unterstützend wirken. Derartige gemeindeübergreifende und sektorübergreifende Ansätze ermöglichen neue Lösungen, die sonst im Alleingang nicht möglich sind. Sie erfordern aber ein proaktives Handeln in funktionalen Räumen wie dem Safiental, Lötschental oder Vallée de Joux.

Dialog statt Konfrontation

Im Rahmen des alpenweiten Kooperationsprojektes INTESI hat die SAB zusammen mit Partnern aus dem gesamten Alpenraum genau diesen Ansatz getestet und weiter entwickelt. Es geht in einer Region darum, die bestehenden Grundversorgungsleistungen zu erfassen, die Bevölkerungsentwicklung (Nachfrage) für die

kommenden Jahre abzuschätzen und im Dialog mit der Bevölkerung eine geeignete Strategie für die Grundversorgung in der Region zu erarbeiten. Dieses prozessorientierte Vorgehen ist durchaus erfolgversprechend und verleiht der Diskussion um die Grundversorgung einen anderen Anstrich. Wenn Kantone und Gemeinden selber mit konkreten Lösungsansätzen auf die Versorgungsanbieter zugehen, entsteht ein positiver Dialog. Erfahrungen zeigen, dass die Dienstleistungsanbieter sehr offen sind für solche proaktiven Lösungsvorschläge. Gerade in kleinen Bergdörfern sind jedoch leider kaum Ressourcen verfügbar, um sich vertieft Gedanken über neue Lösungsansätze zu machen, geschweige denn, diese umzusetzen. Mit einer Motion hatte der Autor dieses Artikels deshalb im Jahr 2017 gefordert, dass der Bund solche Bestrebungen subsidiär unterstützen solle. Es zeichnet sich ab, dass dies mit der nächsten Generation der Modellvorhaben Raumentwicklung möglich wird. Damit wäre ein wichtiger Schritt in Richtung zukunftsorientierter Aufrechterhaltung der Grundversorgung getan.

RÉSUMÉ

Pour un service universel répondant aux besoins à venir

Le service universel est un élément vital pour l'avenir des régions de montagnes et des espaces ruraux. Heureusement, en comparaison internationale, la Suisse dispose d'une bonne législation en la matière. Toutefois, les conditions générales sont en train d'évoluer, notamment en raison de l'emploi toujours plus important des moyens numériques. Ce phénomène explique en grande partie la disparition ou la réduction des guichets bancaires, des offices postaux ou des magasins de village. Cependant, les consommatrices et consommateurs ont également une part de responsabilité, quant aux changements en cours.

Quoiqu'il en soit, en raison de sa diversité, la Suisse ne doit pas se caler sur l'UE en matière de service universel. Elle doit plutôt chercher à améliorer les prestations proposées,



Um eine qualitative hochwertige Grundversorgung zu gewährleisten, ist es wichtig, eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Partnern zu entwickeln. (Lugnez – SAB)

notamment en privilégiant des solutions basées sur les collaborations intersectorielles et des solutions dépassant les frontières (par exemple projets intercommunaux ou interrégionaux). C'est exactement ce genre d'approche qui a été explorée par le SAB, en collaboration avec d'autres partenaires, dans le cadre du projet alpin INTESI. D'autre part, Thomas Egger, Conseiller national et directeur du SAB, a déposé une motion (17.3660), demandant que la Confédération mette en place un programme destiné à élaborer et soutenir des projets-modèles durables dans le domaine des services universels, aux niveaux cantonal, régional et communal. Une intervention qui vise à assurer l'avenir du service universel en Suisse.

RIASSUNTO

Per un servizio universale che risponda ai bisogni futuri

Il servizio universale è un elemento vitale per l'avvenire delle regioni di montagna e degli spazi rurali. Fortunatamente, facendo un confronto a livello internazionale, la Svizzera dispone di una buona legislazione in questo ambito. Tuttavia, le condizioni generali si stanno evolvendo, in particolare a causa dell'uso sempre maggiore dei mezzi digitali. Questa

evoluzione spiega in gran parte la scomparsa o la riduzione degli sportelli bancari, degli uffici postali o dei negozi dei villaggi. Tuttavia, le consumatrici e i consumatori hanno anche una parte di responsabilità, rispetto ai cambiamenti in corso.

Comunque, proprio per la sua diversità, la Svizzera non deve fissarsi sull'UE in materia di servizio universale. Deve piuttosto cercare di migliorare i servizi proposti, in particolare preferendo delle soluzioni basate sulle collaborazioni intersettoriali e sulle soluzioni che superino le frontiere (per esempio dei progetti intercomunali o interregionali). È esattamente questo tipo di approccio che è stato esplorato dal SAB, in collaborazione con altri collaboratori, nell'ambito del progetto alpino INTESI. In questo contesto, Thomas Egger, Consigliere nazionale e direttore del SAB, ha depositato una mozione (17.3660), domandando che la Confederazione crei un programma destinato a elaborare e sostenere dei progetti-modello durevoli nell'ambito del servizio universale, a livello cantonale, regionale e comunale. Un intervento che punta ad assicurare l'avvenire del servizio universale in Svizzera.